

Moskautreu und verfassungstreu?

Die SPD befindet sich in einer Ideologiekrise und damit auch in einer Zerreißprobe zwischen Ost und West. Ihr Verhältnis zu diesem Staat ist in Frage gestellt. Zahllose Sozialdemokraten verlassen ratlos ihre Partei. Andere erheben warnend ihre Stimme und versuchen, das vollständige Abgleiten in das linke Fahrwasser zu verhindern. An der Diskussion um die Fernhaltung der Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst wird dies besonders deutlich. Das hat auch die Bundestagsdebatte am 15. Februar gezeigt. Wir bringen nachfolgend zwei Stimmen zu diesem wichtigen Thema, einmal die des ehemaligen SPD-Parteisprechers, SFB-Intendanten und jetzigen Freien Journalisten Franz Barsig, zum anderen die des ehemaligen Leiters des SPD-Ostbüros und jetzigen Freien Journalisten Helmut Bärwald.

Franz Barsig:*

Moskautreu und verfassungstreu?

An unseren Hochschulen wird zwar viel Marxismus gelehrt, aber die Marxismuskritik ist verkümmert, ganz zu schweigen, wenn es um die Fortsetzung geht, denn zum Marxismus, was ihn die SED betreibt und die DKP zur theoretischen Basis hat, gehört untrennbar der Leninismus.

Die Versäumnisse der letzten Jahre sind nicht so schnell aufzuholen, aber ist es zuviel verlangt, wenn man wenigstens von jedem Mitglied der Bundesregierung erwartet, die Rede nachzulesen, die Kurt Hager, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED am 29. Dezember 1978 aus Anlaß des 60jährigen

* Auszug aus seinem Artikel „Moskautreu und verfassungstreu?“ in der Deutschen Zeitung vom 19. Januar 1979.

Gründungstages der KPD gehalten hat? Sicher, die Rede liegt drei Wochen zurück, aber bis auf ganz kleine aktuelle außenpolitische Passagen ist sie in der Bundesrepublik Deutschland nirgendwo beachtet worden, obwohl sie zur Beurteilung des Tatbestandes am 17. Januar Schlüsselcharakter hat.

Schon die Unterzeile im „Neues Deutschland“ vom 30./31. Dezember 1978 weist darauf hin, daß Erich Honecker und weitere Mitglieder der Partei- und Staatsführung der DDR gemeinsam mit Herbert Mies und Horst Schmitt diesen Tag begangen haben, und im Text wird darauf hingewiesen, daß die beiden Vertreter der DKP und der SEW mit herzlichem Beifall begrüßt worden sind. Ein weiteres Indiz unter tausenden, daß die DKP in der Bundesrepublik Deutschland nur der Wurmfortsatz der SED ist.

Es soll hier nicht auf die Geschichtsklitterung besonders eingegangen werden, die in der Rede von Kurt Hager an vielen Stellen vorhanden ist, aber die schallenden Ohrfeigen, die Hager der sozialdemokratischen Geschichte versetzt, hätten den flammenden Protest der SPD hervorrufen müssen. Weit wichtiger ist, was Hager in geschichtlicher und heutiger Betrachtung über die Zielsetzung der SED und damit auch der DKP gesagt hat. Er sieht die Kontinuität darin gegeben, daß es notwendig ist, „die Macht des Finanzkapitals auf revolutionärem Wege zu stürzen, den bürgerlichen Staat zu zerstören und die Diktatur des Proletariats als wahre Demokratie aufzurichten“.

Wenn heute die SED und mit ihr die DKP hundertfältig die Frage stellt „Wer-Wen“, dann bestätigt das Hager, indem er sagt, daß „der Schlüssel zur Lösung aller Aufgaben die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und deren Einsatz als Hauptinstrument bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft bildet“. Und wörtlich fährt er fort: „Sozialismus gab es nicht, gibt es nicht und kann es nicht geben.“ Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle „Stürmischer, langanhaltender Beifall“, in den auch Herbert Mies einstimmte.

Und damit noch deutlicher wird, was die SED und die DKP meint und will, fuhr er fort:

„Die in allen sozialistischen Revolutionen bestätigte zentrale Rolle der politischen Macht der Arbeiterklasse versuchen sozialreformistische, revisionistische und auch anarchistische Ideologen durch vom Leben losgelöste Vorstellungen vom Sozialismus zu ersetzen. Die Geschichte kennt jedoch kein Land, in dem es je gelungen wäre, auf der Grundlage solcher Konzeptionen den Kapitalismus zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten.“

Nachdem erneut dem demokratischen Sozialismus etwas um die Ohren gehauen wird, der mit seiner Losung der „blutigsten antisozialistischen Konterrevolution der Weg gebahnt wurde“, heißt es dann wieder wörtlich:

„Was uns betrifft, so werden wir auch künftig, den Erkenntnissen der marxistisch-leninistischen Theorie, den Erfahrungen der KPdSU und der internationalen kommunistischen Bewegung folgend, fest in den Traditionen der KPD wurzelnd, für eine starke Macht der Arbeiter und Bauern eintreten.“

Auch hier heißt es im Protokoll „Starker, langanhaltender Beifall“, und Herbert Mies klatschte wieder eifrig mit.

Demokratie läßt sich nach Hager nicht vom Charakter der Staatsmacht trennen, und auch hier beruft sich das Politbüro-Mitglied der SED auf Lenin und Rosa Luxemburg: Sozialistische Demokratie bedeutet nach Hager Freiheit für das werktätige Volk, aber nicht Freiheit für Feinde des Sozialismus. Und die Geister, so Hager, scheiden sich auch heute noch in der Haltung der proletarischen Diktatur gegenüber der KPdSU, die die erfahrenste Partei der kommunistischen Weltbewegung ist. Noch deutlicher, die SED und damit auch die DKP waren und sind „eine Abteilung der internationalen kommunistischen Bewegung“.

Wenn es richtig ist, daß — was doch ernsthaft niemand auch nur in Frage stellen kann — die DKP nur ein Ableger der SED ist und Regierung und Opposition aus verständlichen Gründen Verbotsanträge nicht stellen wollen, dann muß man von der Bundesregierung erwarten, daß sie nach dieser Hager-Rede der Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei eine andere Bedeutung einräumt, als ihr in der Parteitagsentschließung beigegeben wird.

Sicher, das Bundesverfassungsgericht bewertet die Mitgliedschaft nur als Indiz. Aber dieses Indiz wiegt aus politischer Sicht schwer.

Es ist unmöglich, auf der einen Seite Kommunist und auf der anderen Seite Staatsdiener in der Bundesrepublik Deutschland zu sein.

Helmut Bärwald:

Die Verfassungsfeindlichkeit der DKP

Die Bewertung politischer Parteien oder anderer Gruppierungen als „verfassungsfeindlich“ erfolgt nicht etwa willkürlich und subjektiv. Die Feststellung der „Verfassungsfeindlichkeit“ — die nicht zu verwechseln ist mit der nur vom Bundesverfassungsgericht in einem Verbotsverfahren festzustellenden Verfassungswidrigkeit nach Art. 21 Abs. 2 GG — erfolgt nach gründlicher objektiver Auswertung von Tatsachenmaterial: Politik, Ideologie und Programm, Strategie und Taktik, schriftliche und mündliche Aussagen der Führungskräfte von Parteien sowie anderer politischer Organisationen.

Nicht die Bundesregierung oder eine Landesregierung, nicht der Deutsche Bundestag oder ein Landeparlament „bestimmt“, wer verfassungsfeindlich ist; sondern jeder Bürger — auch der, der nicht Mitglied irgendeiner politischen Organisation ist — und jede Gruppierung selbst: Durch ihr nachprüf- und nachweisbares Verhältnis bzw. Mißverhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Bundesinnenminister Gerhart BAUM (FDP) erklärte Mitte Januar 1979: Der Begriff „verfassungsfeindlich“ sei nur „organisationsbezogen“ und könne nur der Charakterisierung von Organisationen oder Parteien dienen. Dagegen sei der Begriff „verfassungsfeindlich“ nicht auf Einzelpersonen — also auf Mitglieder verfassungsfeindlicher Organisationen — anzuwenden, die in Zukunft bundesamtlicherseits nur noch als „Extremisten“ bezeichnet werden sollen.

Prof. Dr. Martin KRIELE (SPD) schreibt in seinem Gutachten „Der rechtliche Spielraum einer Liberalisierung der Einstellungspraxis“ vom November 1978 unmißverständlich:

Das Urteil über die Verfassungsloyalität des Bewerbers „kann sich aus der Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei ohne weiteres ergeben, ohne daß zusätzliche andere Verhaltensweisen hinzukommen müssen. Das gilt insbesondere dann, wenn die Verfassungsfeindlichkeit der Partei eindeutig und unbezweifelbar ist, etwa bei der DKP, oder wenn die Parteien sich sogar ausdrücklich zu Gewalt bekennen, wie die K-Gruppen.“

Der sozialdemokratische „Kurt-Schumacher-Kreis“ konstatiert in seinem Memorandum zur Überprüfung von Bewerbern für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst:

„Ist ein Bewerber für den öffentlichen Dienst Mitglied einer Organisation, der die Bundesregierung verfassungsfeindliche Ziele unterstellt oder vorwirft, dann

schließt das aus, daß der Bewerber die geforderte Gewähr bietet, nämlich sich durch sein Gesamtverhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzusetzen.

Er ist Teil (Mitglied) eines Ganzen (der Organisation oder Partei) und kann deshalb auch kein anderes Ziel als das Ganze verfolgen. Die verfassungsfeindliche Organisation selbst kann nämlich ihr Ziel nur mit Hilfe ihrer Mitglieder, aus denen sie letztlich allein besteht, verfolgen. Einer besonderen Aktivität des einzelnen Mitgliedes bedarf es dazu nicht, denn seine Aktivität kann sich sehr wohl darauf beschränken, in der Organisation Funktionäre zu wählen, die für ihn handeln, das heißt, auch in seinem Auftrag für die Durchsetzung der als verfassungsfeindlich bewerteten Ziele aktiv tätig sind. Es kann deshalb bei Mitgliedern einer Organisation mit verfassungsfeindlichen Zielen keine Differenzierung zwischen ‚aktiven‘ und ‚passiven‘ Mitgliedern geben . . .“

„Kein Platz mehr für die Bourgeoisie“

Auf dem 5. Parteitag der DKP im Oktober 1978 präzisierte der DKP-Vorsitzende Herbert MIES in einem Diskussionsbeitrag zum Programmentwurf die Absicht der DKP, in der Bundesrepublik Deutschland die sozialistische Gesellschaftsordnung einführen zu wollen. In dieser sozialistischen Gesellschaftsordnung sei in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft kein Platz mehr für die „Bourgeoisie“. Das wird noch unverhohlener in einer DKP-Schulungsbroschüre „Freiheit durch Sozialismus“ aus dem Jahre 1976 gesagt. In dieser Broschüre wird über einen Ausspruch der KPD-Gründerin Rosa LUXEMBURG geschrieben: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“ Die DKP-Führung will diesen Satz „keinesfalls als philosophische Verallgemeinerung“ mißverstanden wissen. Die DKP-Mitglieder sollen in der politisch-ideologischen Schulung vielmehr darauf hingewiesen werden, daß „wir in einer Klassengesellschaft leben“. Das aber bedeute:

„Wenn Freiheit der Arbeiterklasse die der anderen Klasse wäre, wäre sie die der Kapitalistenklasse, also genau das, was wir heute haben: Kapitalismus.“

Demgegenüber sei Freiheit doch wohl vor allem die Freiheit der Klasse, „der wir angehören, die Freiheit der Arbeiterklasse, die ohnehin etwa achtzig Prozent der Gesamtbevölkerung umfaßt“. Daraus folgert die DKP-Führung:

„Und diese Freiheit kann nur gegen, nur auf Kosten der Freiheit der Kapitalistenklasse erkämpft werden.“

In dem auf dem 5. Parteitag verabschiedeten DKP-Programm steht:

„Die DKP wirkt auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie bekennet sich zu seinen demokratischen Prinzipien.“

Die DKP sagt und schreibt interessanterweise nicht, sie **stehe** auf dem Boden des Grundgesetzes.

Die besonderen Pflichten jedes Mitgliedes

Die DKP ist wie jede „marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse“ nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ aufgebaut. Das bedeutet:

„Leitung der Partei von einem gewählten Zentrum aus; ... Kollektivität der Leitung; ... straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren Organe und die Mitglieder; aktive Mitarbeit der Parteimitglieder in ihren Organisationen zur Durchsetzung der Beschlüsse ...“

(Quelle: Kleines Politisches Wörterbuch, Dietz-Verlag, Ost-Berlin)

Immer wieder weist die Führung der leninistisch indoktrinierten und organisierten DKP auf die **besonderen Pflichten** jedes DKP-Mitgliedes hin. In einem Bericht der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vom Sommer 1978 heißt es dazu:

„Im Zusammenhang mit der öffentlichen Diskussion darüber, ob die einfache Mitgliedschaft in der DKP Zweifel an der Verfassungstreue eines Beamten begründe, hat die DKP eindeutig auf die besonderen Pflichten eines DKP-Mitgliedes hingewiesen. So erklärt das DKP-Zentralorgan ‚Unsere Zeit‘ am 22. Juni 1978, daß ‚in der DKP niemand Parteimitglied werde, um sich als Karteileiche beerdigen zu lassen‘. Das gegenwärtige parteiinterne Schulungsthema ist deshalb den vom Parteivorstand der DKP beschlossenen ‚organisationspolitischen Grundsätzen der DKP‘ gewidmet, die sich mit dem besonderen Charakter der Mitgliedschaft in der DKP befassen.“

Diese „Organisationspolitischen Grundsätze der DKP“ verweisen ausdrücklich auf das DKP-Statut als das „grundlegende organisationspolitische Dokument“ der DKP.

Im Artikel „Rechte und Pflichten des Mitglieds“ wird im Statut unzweideutig und absolut bindend bestimmt, daß jedes Mitglied dieser Partei sich „für die Verwirklichung der beschlossenen Politik einzusetzen und sie im gesellschaftlichen Leben aktiv zu vertreten“ hat. In einer der vom 2. DKP-Parteitag im November 1971 beschlossenen „Thesen“ wird bestimmt, daß „Beschlüsse für jedes Mitglied bindend“ sind. Das bedeutet zum Beispiel auch, daß jedes DKP-Mitglied verpflichtet ist, an der Überwindung — das heißt realiter: Beseitigung — des sogenannten „staatsmonopolistischen Systems“ mitzuwirken. Mit dem Terminus „staatsmonopolistisches System“ ist die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gemeint.

Die „Pflichten“ jedes einzelnen DKP-Mitglieds werden in den „Organisationspolitischen Grundsätzen der DKP“ ausdrücklich bestätigt, wie zum Beispiel auch:

- Die Mitgliedschaft in der DKP ist an bestimmte Bedingungen geknüpft, wie: Anerkennung der Grundsätze und Ziele sowie des Statuts der DKP.
- In der DKP ist jedes Mitglied für die Partei und die Partei für jedes Mitglied verantwortlich.
- Jede Parteiorganisation der DKP ist verpflichtet, die Mitglieder ständig zum überzeugenden Eintreten für die Grundsätze und Ziele der Partei, zur Verwirklichung der von den Parteitag beschlossenen Politik, zu befähigen.
- Als marxistische Partei der Arbeiterklasse ist die DKP ein Instrument zur praktischen Veränderung der Welt. Deshalb verbinden die Organisationsgrundsätze der DKP die Einheit des Willens der Parteimitglieder mit der Einheitlichkeit ihres gemeinsamen Handelns. Die einstimmig oder mit Mehrheit gefaßten Beschlüsse sind für alle Parteimitglieder gleichermaßen verbindlich; sie müssen von den Parteimitgliedern diszipliniert verwirklicht werden.
- Da die DKP ein freiwilliger Zusammenschluß von Gleichgesinnten ist, die auf der Grundlage des Marxismus zur Einheit des Willens und zum gemeinsamen Handeln fanden, schließen die Organisationsprinzipien der DKP die Bildung von Fraktionen innerhalb der Partei aus.
- Die in den konkreten Bestimmungen des Statuts niedergelegten Organisationsprinzipien der DKP haben keineswegs nur formelle Bedeutung. Die Gesamtheit dieser Prinzipien und der ihnen entsprechenden statutarischen Bestimmungen bildet das, was Marx, Engels und Lenin die „Parteigesetzlichkeit“ nennen. Sie ist für jedes Mitglied, für jede Parteiorganisation und jedes gewählte Parteiorgan gleichermaßen verbindlich. Das ständige Ringen um ihre strikte Einhaltung gewährleistet den Charakter der DKP als der bewußten und organisierten Vorhut der Arbeiterklasse, der höchsten Form ihrer Klassenorganisation.

Werner FELDMANN, Referent für Organisationspolitik beim DKP-Parteivorstand, schrieb am 9. November 1978 in der DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit“ zu dem ab Anfang 1979 erfolgenden Umtausch aller DKP-Mitgliedsbücher: „Mitglied der DKP zu sein, beinhaltet Verpflichtung und Stolz . . . Es beinhaltet, zur Millionenarmee der maßgebend die Zukunft gestaltenden internationalen kommunistischen Bewegung zu gehören . . .“

In dem DKP-Mitgliedsbuch „vereinigt sich das Bekenntnis des Besitzers zu Programm und Statut unserer Partei als Grundlage der Mitgliedschaft. Es dokumentiert zugleich die Mitwirkung dieses Mitglieds an Gestaltung und Verwirklichung der Politik der DKP als Recht und Pflicht des Besitzers eines solchen Mitgliedsbuches der DKP . . .“

Kommunistische „Bündnis“-Politik

Seit Verkündung des „Extremistenbeschlusses“ vom 28. Januar 1972 wird mit Methoden „linguistischer Guerillataktik“ (Schoeck) von den Kommunisten, ihren Hilfstruppen, ihren Mitläufern und „nützlichen Idioten“ systematisch, zielstrebig und — wie die derzeitige Entwicklung erschreckend deutlich macht — nicht erfolglos eine Kampagne der Verleumdung unter der schrillen Kampfpapare „Weg mit den Berufsverböten“ gegen verfassungs- und freiheitsschützende Maßnahmen und Grundsätze zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst geführt.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz registrierte im Januar 1978:

„Im Kampf gegen die ‚Berufsverböte‘ ist es der DKP gelungen, mit Hilfe der Initiative ‚Weg mit den Berufsverböten‘ zahlreiche Demokraten zur aktiven Unterstützung der Kampagne zu gewinnen und im Sinne der DKP ein breites Bündnis von Kommunisten und Demokraten zu erreichen.“

In dem bereits zitierten Bericht der SPD/FDP-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vom Sommer 1978 wird bestätigt:

„Der Parteivorstand der DKP hat am 17. Juni 1978 in Düsseldorf festgestellt, daß der ‚viele Jahre währende Kampf‘ der DKP und ‚anderer demokratischer Kräfte‘ gegen die ‚Berufsverböte‘ positive Wirkungen zeige. Für die DKP komme es jetzt darauf an, die ‚neuen Möglichkeiten‘ zu nutzen, um gemeinsam mit Sozialdemokraten, Liberalen und Christen ‚neue Kräfte für den Kampf gegen Berufsverböte‘ zu gewinnen.“

Tatsächlich gewinnt die DKP immer wieder vor allem unter Mitgliedern der SPD und FDP sowie des DGB „Bündnis“-Partner für ihre volksfrontartig aufgezogenen „Anti-Berufsverböts“-Kampagnen. Carl-Dieter SPRANGER, MdB, resümiert: Der Beschluß der SPD/FDP-Bundesregierung vom 17. Januar 1978 über „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue“ bedeutet auch

„eine totale Kapitulation des Bundeskanzlers und seiner Regierung vor jenen Linken und Linksextremisten in ihren eigenen Reihen, die seit 1972 zusammen mit Kommunisten in vielen Komitees und Aktionsgemeinschaften mit Agitations- und Diffamierungsvokabeln von ‚Berufsverbot‘ und ‚Gesinnungsschnüffelei‘ für die Zulassung von Extremisten in den öffentlichen Dienst kämpfen und die jetzt — dank dieser Bundesregierung — zu ihrem größten Erfolg ihrer jahrelangen Wühlarbeit kamen“.